

# paperpress

.....Newsletter.....

Impressum: paperpress – Kommunalpolitik – Jugend – Wirtschaft – Kultur. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch. Chefredakteur: Chris Landmann (verantwortlich für den Inhalt), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org (Textarchiv) / www.paperpress-newsletter.de (Newsletter-Archiv) / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters und der monatlichen Druckausgabe: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newsletter-texte auch auf www.paperpress.org. Die Druckausgabe erscheint monatlich. Preis für die Zustellung: 20 Euro jährlich.

Nr. 500 F

5. Dezember 2013

38. Jahrgang

## Erinnerung an Brandbrief

Nichts vergessen Politiker so gern wie einen Brandbrief von gestern. Vor einem Jahr richteten die Vorsitzenden der Berliner Jugendhilfeausschüsse einen Brandbrief an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses. Ziel war es, „für die Ausgaben der Kinder- und Jugendarbeit ein Moratorium zu beschließen.“ Die Vorsitzenden skizzierten in ihrem Brief, welche Folgen ein weiteres Wegschauen haben wird.

### „Doch passiert ist seither: nichts!“

Zynisch könnte man sagen, erwartungsgemäß. In dem Erinnerungsschreiben zum Jahrestag des Brandbriefes schreiben die JHA-Vorsitzenden:

„Zwar sind sowohl die Jugendamtsleiter und Jugendstadträte unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, als auch die Mehrheit der Bürgermeister dem Anliegen unseres Brandbriefes gefolgt, zwar wurden in den jeweiligen Gremien Beschlüsse gefasst, um einem Moratorium zu entsprechen, zwar hat die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaften ebenfalls mit uns, den bezirklichen Jugendausschussvorsitzenden Gespräche geführt und bekräftigt, dass auch sie gegen einen weiteren Abbau der Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit sind, zwar haben die jugend- und hauspolitischen Abgeordneten, mit denen wir sprachen, Unterstützung signalisiert - dennoch wurden die zur Umsetzung notwendigen und allseits in Aussicht gestellten 11 Millionen Euro in der Vorbereitung zur Aufstellung des Landeshaushalts schlussendlich doch nicht eingestellt. 11 Millionen Euro, - zum Vergleich: das entspricht den Unterhaltskosten des Flughafens BER von rund zwei Wochen!

Wir können uns kaum vorstellen, dass Sie bewusst ein weiteres Absinken der Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit in Kauf nehmen und sich gegen ein Moratorium entschieden haben. Wir appellieren deshalb vor Verabschiedung des Landeshaushaltes nochmals an Sie, das viel diskutierte Moratorium für die Jugendarbeit zu beschließen. In der Zeit der Gültigkeit des Moratoriums soll ein neues Bezugssystem erarbeitet werden, das das von allen Seiten als untauglich anerkannte System der ‚Angebotsstunde‘ ersetzt. Erste Vorschläge hierzu, beispielsweise die - nach verschiedenen Sozialindikatoren gewichtete - Zahl der Kinder und Jugendlichen in einem Bezirk.

Nach der Auswertung der Vergleichsberichte der Senatsverwaltung für Finanzen bis September 2013 und unseren Hochrechnungen bis Dezember 2013 werden die Leistungen der Jugendarbeit andernfalls um weitere rd. 4,25 Mio. Euro reduziert. Damit sind erneut

Jugendfreizeitstätten, Abenteuerspielplätze, Kinderbauernhöfe, Angebote der Jugendkulturarbeit, Angebote der Mädchenarbeit usw. abgebaut und stehen weitere vor der Schließung. Die Leistungen für die Jugendarbeit sinken 2013 um 6 %.

Wir können nicht allenthalben beteuern, wie wichtig uns die präventive Jugendarbeit ist, wenn sie nicht mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet wird!

Wir bitten Sie daher, im Abgeordnetenhaus ein Moratorium zu beschließen, das den Abbau der Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in Berlin bis auf Weiteres stoppt. Bitte lassen Sie nicht noch mehr Zeit verstreichen. Einmal geschlossene Infrastruktur und verlorengegangenes Wissen und Erfahrungen vor Ort wären später nur mit immensem Aufwand wiederherzustellen. Erhalten Sie die Infrastruktur für die Kinder und Jugendlichen der wachsenden Stadt Berlin.

Unser zweites Anliegen an Sie vor einem Jahr war, dass Sie dafür Sorge tragen, eine Mindestpersonalausstattung für die Regionalen Sozialpädagogischen Dienste der bezirklichen Jugendämter verbindlich festzulegen.

Diese Personalausstattung, die wesentlich die Umsetzung des aktiven Kinderschutzes und die der erzieherischen Hilfen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien zu verantworten hat, darf keinesfalls zur Erreichung der sogenannten Personalzielzahlen herangezogen werden. Leib und Leben der betroffenen Kinder kann nicht zugunsten des Erreichens der grundsätzlich verständlichen Ziele der Personalreduktion gefährdet werden!

Bis heute sind uns keine Aktivitäten bekannt, die zeigen, dass unsere Forderungen aufgegriffen wurden. Die Regionalen Sozialpädagogischen Dienste, RSD, sind mittlerweile in einigen Bezirken kaum noch arbeitsfähig. Immer wieder sehen sich die RSD zu Überlastungsanzeigen veranlasst, gerade erst wieder im Bezirk Mitte, Ortsteil Moabit. Einige Regionale Sozialpädagogische Dienste drohen mit Schließungen, und es werden derzeit Überlegungen angestellt, dass die Aktivitäten zur Wirkungsanalyse von erzieherischen Hilfen (WIMES) durch die Bezirke eingestellt werden, da diese Aufgaben nicht mehr zusätzlich zu erbringen sind. Wir bitten Sie daher nochmals, einen Beschluss im Abgeordnetenhaus zu fassen, der eine Mindestpersonalausstattung für die Regionalen Sozialpädagogischen Dienste der Bezirke festlegt.

Wir, die Vorsitzenden der bezirklichen Kinder- und Jugendhilfeausschüsse, bitten Sie eindringlich, im Sinne der Kinder und Jugendlichen dieser Stadt tätig zu werden. Gerne würden wir Ihnen die Situation auch in einem Gespräch erläutern und verdeutlichen.“

**Milan Neuhoff**, Charlottenburg-Wilmersdorf

**Katja Seidel**, Lichtenberg

**Marlitt Köhnke**, Marzahn-Hellersdorf

**Florian Schwanhäuser**, Mitte

**Torsten Wischnewski**, Pankow

**Andrea Behnke**, Reinickendorf

**Christiane Mross**, Spandau

**Renate Krohm**, Steglitz-Zehlendorf

**Marijke Höppner**, Tempelhof-Schöneberg

**Alexander Freier**, Treptow-Köpenick

## **Anmerkungen**

Wer, so wie ich, auf einen Zeitraum von über 45 Jahren Beobachtung und teilweise auch Betroffensein von der Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit in Berlin zurückblicken kann, wundert sich über das Verhalten der Abgeordneten schon längst nicht mehr. Für Generationen von unseren gewählten Volksvertretern waren und sind Kinder und Jugendliche eben nur

Gedöns, wie es der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder zu bezeichnen beliebte. Von diesem Mann habe ich auch das Wort Kakophonie gelernt. Gedöns bedeutet unnötiger Aufwand und unter Kakophonie versteht man unangenehme Geräusche. Ja, das passt zusammen, denn Kinder und Jugendliche produzieren nun mal für Erwachsenenohren unangenehme Geräusche.

Die Lobby der Kinder und Jugendlichen ist traditionell schwach. Warum soll man sich auch mit einer Gruppe Menschen beschäftigen, die noch nicht wählen dürfen? Ohne Aktionen wie U18-Wahlen und Kinder- und Jugendparlamente kleinreden zu wollen, letztlich sind es nur Beruhigungspillen, die den Kindern und Jugendlichen den Eindruck vermitteln sollen, man nehme sie ernst. Wichtig ist die Kultur, vor allem die Hochkultur. Da kann die Sanierung eines Opernhauses gar nicht teuer genug sein, während man es ewig hinnimmt, dass in Jugendfreizeiteinrichtungen Räume, die in der 2. Etage liegen, verschlossen werden, weil es keinen Rettungsweg gibt, was 50 Jahre kein, nun aber ein Problem darstellt.

„Kinder sind unsere Zukunft“, schallt es aus Politikermündern, wenn mal wieder Wahlkampf ist. Die Zukunft scheint aber vielen ziemlich am Gesäß vorbeizugehen. Ich will nicht ungerecht sein, im Bereich der Kindertagesbetreuung ist viel Geld in die Hand genommen und erreicht worden. Über die immensen Kosten bei den Hilfen zur Erziehung (HZE) regen sich die Politiker gern auf und suchen die Schuldigen in den Jugendämtern. Die Aufregung gilt nicht dem Umstand, dass Hilfen zur Erziehung geleistet werden müssen, sondern, dass sie so teuer sind. Sicherlich muss nicht jede Maßnahme ewig verlängert werden und bestimmt lässt sich durch näheres Hinsehen hier und da Geld sparen. Man geht aber stets fiskalisch an das Problem heran und nicht inhaltlich. Eine breit angelegte präventive Arbeit, gut ausgestattete Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen würden auf Dauer den Jugendhilfeeat entlasten. Das Problem ist nur, man kann es nicht von heute auf morgen beweisen.

Wie soll man beweisen, dass ein Jugendlicher, der regelmäßig eine Freizeiteinrichtung besucht, später nicht eine Erziehungshilfe benötigt? Alles, was gesetzlich vorgeschrieben ist, sind Muss-Leistungen des Staates. Prävention kann, aber muss nicht sein, Gedöns eben. Immer und immer wieder haben wir in paperpress über das mangelnde Bewusstsein der Politiker, die Kinder- und Jugendfreizeitarbeit ordentlich auszustatten, berichtet. Das Ergebnis war ähnlich ernüchternd wie die ausbleibende Reaktion auf den Brandbrief von vor einem Jahr. Und wer glaubt, dass sich nun, wenige Tage vor der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2014/2015 noch etwas zugunsten der Kinder und Jugendlichen im Hohen Hause bewegt, freut sich auch auf den Besuch des Weihnachtsmannes am Heiligen Abend.

Man muss an diesem Dilemma auch den Medien eine Mitschuld geben. Über Jugendliche, die sich schlecht benehmen, gewaltbereit sind, in die Kriminalität abgleiten, berichten die Medien ausführlich. So schlimm jede einzelne Tat von Jugendlichen ist, es ist – zum Glück – ein kleiner Kreis, der aus dem Ruder läuft. Über die Mehrheit der Jugendlichen, die sich engagieren, anderen helfen, ihre Freizeit sinnvoll verbringen, Vorbildliches leisten, wird eher auf den hinteren Seiten der Zeitungen berichtet, wenn überhaupt.

Mein Vertrauen in die Politik als gestaltendes Element, das für die Menschen etwas erreicht und ihre Situation verbessert, ist inzwischen unter Null. Schauen wir uns doch nur den Koalitionsvertrag an. Geht es wirklich um diesen Vertrag mit den vielen Absichtserklärungen, auf deren Umsetzung wir erst noch warten müssen? Nein, es geht um eine Liste, die es angeblich nicht geben soll. Auf dieser steht, wer einen Posten im neuen Bundeskabinett bekommen wird. Es geht um Macht und Einfluss und für die schlichteren Gemüter, derer es reichlich gibt, auch um die Erfüllung ihres Kindheitstraums, mit einem Auto durch die Gegend fahren zu dürfen, das ein Blaulicht auf dem Dach hat. In die Nikolausstiefel am morgigen Tag werden die Politiker den Kindern und Jugendlichen nichts hineintun außer der Drohung, dass sie eine Zukunft haben.

**Ed Koch**